

**Einfache Anfrage Simmler-St.Gallen:
«Nutzung von Microsoft 365 durch den Kanton: Braucht es eine Neubeurteilung der
Datenschutzrisiken?»**

Die Einführung von Microsoft 365 in der St.Galler Verwaltung war eng begleitet von einer Risikoevaluation in Bezug auf die Kompatibilität mit dem Datenschutzrecht und die Gewährleistung der Informationssicherheit. Dabei forderte vor allem der US-amerikanische CLOUD Act heraus, der den US-Behörden unter gewissen Voraussetzungen einen Zugriff auf die bei den Technologiekonzernen bzw. Providern gespeicherte Daten ermöglicht. Eine Verschlüsselung der Daten schafft zwar im Aussenverhältnis mehr Sicherheit. Betreffend die Zugriffsmöglichkeit durch den Anbieter schafft sie aber kaum Abhilfe, da allein vom Kunden verwaltete Schlüssel bei den meisten Anwendungen nicht praktikabel sind. Je nach technischer Möglichkeit und vertraglicher Abrede kann jedenfalls ein Zugriff seitens der US-Behörden nicht ausgeschlossen werden. Schon im Tätigkeitsbericht 2023 der kantonalen Fachstelle für Datenschutz wird etwa ausgeführt, dass «Cloud-Lösungen bei einem solch mächtigen international tätigen Unternehmen» mit einem «grossen Verlust der Kontrolle» einhergehen. Dennoch hat sich der Kanton für den «Gang in die US-Cloud» entschieden, was vor allem mit dem minimalen Risiko eines US-Zugriffs legitimiert wurde. Ein rechtmässiger Zugriff der US-Behörden ist aktuell grundsätzlich nur unter engen Voraussetzungen möglich. Gepaart mit sinnvollen Begleitmassnahmen wurden die Risiken von der St.Galler Regierung offenbar als tragbar eingestuft. In Anbetracht der aktuellen politischen Entwicklungen in den USA stellt sich die Frage, ob diese Risikoeinschätzung noch aktuell und nach wie vor berechtigt ist. Die Verwaltung und ebenso viele öffentlich-rechtliche Anstalten speichern und bearbeiten ihre Daten mittlerweile zu einem grossen Teil oder ausschliesslich in Nutzung der Microsoft-Anwendungen. Diese Abhängigkeit birgt Gefahren. Die US-Politik und mit ihr die US-Gesetzgebung muss mittlerweile als ausgesprochen unberechenbar eingeschätzt werden, die Verlässlichkeit als minim. Es stellt sich die Frage, ob die noch vor kurzer Zeit allenfalls berechnete Risikoabwägung heute so noch ihre Gültigkeit hat oder ob der Kanton nicht gut daran täte, Alternativen zu prüfen. Auch andere Behörden (z.B. das Bundesland Schleswig-Holstein oder der Bund mit der Swiss Government Cloud) streben die Stärkung der digitalen Unabhängigkeit an.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Datenschutzrisiken aufgrund der Nutzung von Microsoft 365 durch die St.Galler Behörden in Anbetracht der veränderten geopolitischen Ausgangslage ein?
2. Sieht die Regierung aufgrund der veränderten Ausgangslage Handlungsbedarf für weitergehende Massnahmen zur Einhaltung des Datenschutzrechts und der Sicherstellung der Informationssicherheit?
3. Sieht die Regierung Möglichkeiten, die Abhängigkeit vom US-Technologiekonzern durch eine Diversifizierung bei den genutzten Anwendungen zu reduzieren?
4. Ist die Regierung bereit, Alternativen zu prüfen, um zumindest mittelfristig auf europäische Lösungen setzen zu können?»

10. April 2025

Simmler-St.Gallen